

Liechtensteins Industrie macht 7,2 Milliarden Umsatz

Wirtschaft Der Auslandsumsatz der LIHK-Mitglieder hat sich 2017 um 6,3 Prozent erhöht. 2018 hat ebenfalls gut begonnen.

Der Auslandsumsatz der Industrie-Mitgliedsunternehmen der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer (LIHK) hat im Jahr 2017 um sehr erfreuliche 6,3 Prozent gegenüber 2016 zugelegt. Das Umsatztotal beträgt nun rund 7,2 Milliarden Franken und wird von 30 Industrie-Unternehmen in über 160 Ländern generiert. Dies teilt die LIHK in einer Medienmitteilung mit.

«Dieser Erfolg zeigt deutlich auf, dass liechtensteinische Produkte auf dem Weltmarkt geschätzt und konkurrenzfähig sind. Vor dem Hintergrund des weiterhin sehr anspruchsvollen internationalen Marktumfeldes kann diese Steigerung in Summe als sehr gut beurteilt werden», schreibt die LIHK in ihrer Bilanz.

Deutschland, USA und Schweiz wichtigste Partner

In den zehn umsatzstärksten Absatzländern wird von den LIHK-Industrie-Mitgliedern rund 70 Prozent des gesamten Auslandsumsatzes erwirtschaftet. Deutschland ist seit Jahren auf dem ersten Platz der absatzstärksten Länder, knapp gefolgt von den USA. Die Schweiz ist mit etwas Abstand der dritt wichtigste Handelspartner. Weil der liechtensteinische Markt für Industrieprodukte äusserst klein ist, ist die Schweiz für viele liechtensteinische Industrieunternehmen zum eigentlichen Heimmarkt geworden. Die engen und guten Beziehungen zur Schweiz sind deshalb sehr wichtig für den Industriestandort. Der Europäische Wirtschaftsraum bildet mit einem Anteil von rund 43 Prozent oder 3,1 Milliarden Franken Auslandsumsatz mit deutlichem Abstand den wichtigsten Wirtschaftsraum für liechtensteinische Industrieprodukte, gefolgt vom amerikanischen Kontinent mit 21 Prozent

oder 1,5 Milliarden Franken und Asien mit ebenfalls 1,5 Milliarden Franken. Im Vergleich zum Vorjahr wuchsen die Umsätze nach Asien/Pazifik deutlich stärker als im EWR-Raum und Nord-, Mittel- und Südamerika. Neben den traditionellen Märkten in Europa und Nordamerika werden jene in Asien sowie Mittel- und Südamerika für die Industrieunternehmen immer wichtiger.

Personalwachstum im In- und Ausland

Bei den 30 Industrie-Mitgliedsunternehmen der Liechtensteinischen Industrie und Handelskammer arbeiteten Ende 2017 rund 10 200 Beschäftigte in Liechtenstein. Dies entspricht einem Zuwachs von 2,2 Prozent gegenüber Vorjahr. Während der Anstieg des Personals in Liechtenstein moderat ist, ist der Personalbestand in den Auslandsniederlassungen um fast 7 Prozent angestiegen. Ende 2017 waren somit neben dem Personal in Liechtenstein weitere 53 400 Personen in den Auslandsniederlassungen der LIHK-Industrieunternehmen in rund 70 Ländern beschäftigt.

Von den in Liechtenstein Beschäftigten sind rund 82 Prozent Berufsleute mit Lehrabschluss und Mitarbeitende mit höherer Ausbildung. Die über 400 Lernenden machen einen Anteil von rund 4 Prozent der Beschäftigten aus. Die Anzahl der Angelernten nimmt seit Jahren ab, deren Anteil beträgt noch gegen 14 Prozent. Im Bereich Produktion und Logistik arbeiten rund 45 Prozent der Beschäftigten. Im für die Zukunft des Industriestandorts Liechtenstein wichtigen Bereich Forschung und Entwicklung ist in den letzten zwanzig Jahren der Anteil der Beschäftigten von 9 Prozent auf rund 25 Prozent angestiegen; das zeigt die grosse Bedeutung,

welche die Betriebe dem Thema Innovation beimessen.

546 Millionen für Forschung und Entwicklung

Der Personal- und Sachaufwand für Forschung und Entwicklung (F+E) in den Industrie-Mitgliedsunternehmen der LIHK ist 2017 um über 12 Prozent angestiegen und beträgt nun 546 Mio. Franken. Die Kosten fallen in der Forschung und der Grundlagentechnik, in der Produktentwicklung oder in der Verfahrensentwicklung an. Diese Aufwendungen für F+E entsprechen einem Anteil von rund 9 Prozent des liechtensteinischen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Im internationalen Vergleich sind diese Aufwendungen der Privatwirtschaft überdurchschnittlich hoch. «Der hohe Stellenwert von F+E gilt als einer der Erfolgsfaktoren der liechtensteinischen Industrie. Um im internationalen Wettbewerb erfolgreich zu bleiben, sind die Betriebe dauernd gefordert. Die grossen Konzerne genauso wie die KMU festigen ihre starke Stellung dank unermüdlicher Innovation», schreibt die LIHK.

Erstes Quartal mit einem Zuwachs von 11,7 Prozent

Auch 2018 hat gut begonnen, wie LIHK-Geschäftsführer Josef Beck auf Anfrage erklärt. Im ersten Quartal sind die Direktexporte wertmässig um 11,7 Prozent gestiegen. «Von vielen Industrie-Mitgliedern hören wir gute Nachrichten über den aktuellen Geschäftsgang – aber auch, dass eine grössere Unsicherheit vorhanden ist, wie sich die aktuellen Handelsbehinderungen insbesondere im Zollbereich auf die Weltkonjunktur auswirken werden», so Beck. Eine verlässliche Prognose für 2018 sei deshalb nicht einfach. (red/pd)



Der österreichische Innenminister Herbert Kickl begrüsst Regierungsrätin Dominique Gantenbein am EU-Innenministertreffen in Innsbruck. Bild: BMI/Alexander Tuma

Dominique Gantenbein am EU-Innenministertreffen

Auch Regierungsrätin Dominique Gantenbein nahm gestern in Innsbruck am informellen Treffen der EU-Innenminister teil. Im Zentrum der Gespräche standen insbesondere die europäische Asylpolitik sowie der Grenzschutz.

Zu dieser Sitzung der Innenminister zu Beginn der österreichischen Präsidentschaft waren neben den EU-Staaten auch die assoziierten Schengen-Staaten eingeladen, zu welchen auch Liechtenstein gehört. Im Zentrum der Gespräche standen insbesondere die europäische Asylpolitik sowie der Grenzschutz. Die Ministerinnen und Minister berieten über die damit einhergehenden Herausforderungen sowie mögliche Strategien um diesen zu begegnen. «Es herrsch-

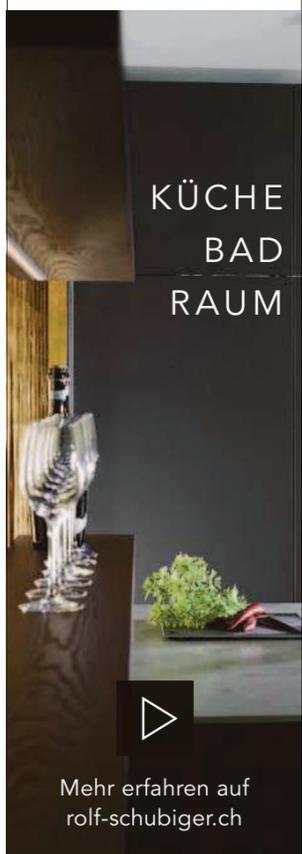
te breiter Konsens, dass trotz rückläufiger Flüchtlingszahlen weitere Anstrengungen notwendig sind, um eine krisenfeste Migrations- und Asylpolitik für Europa sicherzustellen. Konkret soll der Aussengrenzschutz mit einer weiteren Aufstockung der europäischen Grenzschutzbehörde Frontex verstärkt sowie die Rückführung von nicht schutzbedürftigen Migranten beschleunigt werden. Ebenso soll der Kampf gegen die Schlepper-Kriminalität intensiviert werden», schreibt das Ministerium in einer Mitteilung.

Die EU will dabei eng mit den Herkunfts- und Transitländern zusammenarbeiten und auch entsprechende Anreize setzen, um Rückübernahmeabkommen mit diesen Ländern zu schliessen.

«Als Binnenland ist es für Liechtenstein meiner Meinung nach immanant wichtig, dass wir die Herausforderungen der Migration zusammen mit unseren direkten Nachbarn und Europa angehen. Es ist sehr begrüssenswert, dass Österreich dieses Thema zum Schwerpunkt seiner EU-Präsidentschaft macht», wird Regierungsrätin Gantenbein zitiert.

Aufgrund der engen Verbindung zwischen der Schweiz und Liechtenstein führte Regierungsrätin Dominique Gantenbein auch ein bilaterales Arbeitsgespräch mit Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Dabei standen insbesondere die aktuellen grenzüberschreitenden Entwicklungen und Herausforderungen im Bereich der Migration im Zentrum. (red/ikr)

ROLF SCHUBIGER



Standpunkt

Noch lange nicht dort, wo wir hin sollten

Diese Woche bestätigten die Krankenkassen, was der Landtag anlässlich der Festlegung des Staatsbeitrages an die OKP im Juni bereits auf der Tagesordnung hatte. Die Regierung erklärte das relativ geringe Kostenwachstum 2017 schon vor mehr als einem Monat mit der neuen Tarifgestaltung und mit der erhöhten Kostenbeteiligung der Versicherten.

Mit dem Tarmed hofft man, die Preise für ärztliche Dienstleistungen im Griff zu haben, doch schieben sich Regierung und Ärztekammer aus Anlass der in St. Gallen jüngst begonnenen Diskussion um einen künftig höheren Taxpunktwert bereits wieder in Position für neuerliche Verhandlungen hierzulande.

Auch der Kampf gegen die Mengen ist noch lange nicht gewonnen! Die Leistungserbringer im Gesundheitswesen hielten ihre Umsätze im Rahmen der OKP letztes Jahr insgesamt stabil. Ein Schuff der dabei denkt, zumindest einige könnten sich bei Tarmed-bedingt sinkenden

Preisen über die Fallzahlen schadlos gehalten haben. Mit den durch die KVG-Revision einfacher gewordenen Wirtschaftlichkeitsverfahren müsste in augenscheinlichen Einzelfällen konsequent geprüft werden, ob dem tatsächlich so ist.

Auch wenn die Prämien temporär verharren, der nächste Schub nach oben kommt bestimmt. Es ist verfrüht, eine erfolgreiche KVG-Revision zu feiern. Eingedenk der gesamten Baustellen im Gesundheitswesen müssen wir uns viel eher eingestehen, dass wir insgesamt noch lange nicht dort sind, wo wir hin sollten. Nebst vielen anderen Themen wie zum Beispiel unsere künftige Spitalstrategie wäre die Stärkung der klassischen Hausarztmedizin nach meinem Dafürhalten ein wesentlicher Pfeiler der Weiterentwicklung unseres Gesundheitswesens.

Die Hausarztmedizin könnte ein zentrales Element einer soliden medizinischen Grundversorgung und auch ein probates Mittel zur Eindämmung des al-



Christoph Wenaweser (VU): «Es ist höchste Zeit für ein deutliches politisches Bekenntnis zu den klassischen Hausärzten.» Bild: ds

lein schon aus demografischen Gründen unaufhaltbaren Kostenwachstums sein. Die Regierung selbst hat die Hausarztmedizin während der KVG-Revision als den kostengünstigsten Be-

handlungspfad bezeichnet, auf dem 70 % aller Fälle abgewickelt werden könnten.

Trotz dieser nicht neuen Erkenntnis droht dem «kostengünstigen Hausarztssystem nahe

bei den Menschen in unseren Dörfern», wie einige Hausärzte vor wenigen Wochen per Leserbrief mitteilten, langsam aber sicher das Aus. In der Schweiz wurde der Nutzen der Hausarztmedizin längst erkannt. Deren Schutz geniesst sogar Verfassungsrang. Dort herrsche, so die leserbriefschreibenden Hausärzte, eine klar deklarierte Willkommenskultur mit Planungssicherheit.

Es ist in Liechtenstein höchste Zeit für ein deutliches politisches Bekenntnis zu den klassischen Hausärzten. Ich unterstütze jede zielgerichtete Massnahme der Regierung hierzu, sogar bis hin zur seriösen Prüfung der Wiedereinführung eines damals viel zu früh abgewürgten Hausarztmodells.

Christoph Wenaweser
VU-Landtagsabgeordneter

In der Rubrik «Standpunkt» äussern sich Mitglieder der Präsidentschaft und der Landtagsfraktion der Vaterländischen Union.